

Pressemitteilung

11. April 2019

Verletztes Äquivalenzprinzip

SPD will niedrige Rentenbeiträge mit hohe Zuschüssen belohnen

Berlin – Wer wenig Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, soll mit der sogenannten „Respekt“-Rente der SPD belohnt werden. Wer jedoch viel Rentenbeiträge geleistet hat, geht leer aus. Diese Ungerechtigkeit verdeutlicht die INSM mit einem Rechenbeispiel.

Herr Glück hat 35 Jahre gearbeitet und bekommt 639 Euro Rente. Zusammen mit seiner gut verdienenden Ehefrau kommt er auf ein monatliches Renteneinkommen von rund 3500 Euro und ist damit nicht bedürftig. Frau Pech hat ebenfalls 35 Jahre gearbeitet und einen gesetzlichen Anspruch auf 942 Euro Rente.

Die Rentenhöhen von Herrn Glück und Frau Pech entsprechen ihren Beitragsleistungen: Da Frau Pech 50 Prozent mehr eingezahlt hat, ist ihre Rente auch 50 Prozent höher, als die von Herr Glück. Die sogenannte „Respekt“-Rente soll das ändern. Herrn Glücks Rente würde von 639 Euro auf 897 Euro „aufgestockt“. Die Rente von Frau Pech bliebe unverändert bei 942 Euro und damit nur noch fünf Prozent über der von Herrn Glück.

	Frau Pech	Herr Glück
Erwerbstätigkeit	35 Jahre	35 Jahre
Gehalt*	2.611 €	1.765 €
Rentenbeitrag**	488 €	330 €
Gesetzliche Rente***	942 €	639 €
„Respekt“-Rente ohne Bedürftigkeitsprüfung	942 €	897 €

* Bruttomonatsentgelt typischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen,
Quelle: VVE 2017 in Baden-Württemberg, Stand 5/2018.

** Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil zusammen: 18,7 % des
Bruttomonatsentgelts.

*** Monatliche gesetzliche Rente bei Renteneintritt 2019 in Baden-
Württemberg.

Dazu der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr: „Bisher können sich die Rentnerinnen und Rentner darauf verlassen, dass ihre Renten auch ihren Rentenbeiträgen entsprechen. Wer mehr Beiträge leistet, bekommt entsprechend höhere Renten. An diese Wurzel unseres Rentensystems legt die SPD mit ihrem Grundrentenkonzept die Axt an. Manche sollen mehr Rente bekommen, obwohl sie weniger beigetragen haben. Das ist zutiefst ungerecht und da es den Anreiz, mehr zu leisten, beschädigt, gefährdet es das finanzielle Fundament des gesamten Rentensystems. Statt teurer Wahlgeschenke fordern wir gerechte Rentenreformen, die gezielt Altersarmut bekämpfen.“

Mehr Informationen zu der Beispielrechnung unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de